Rhein-Kreis Neuss

rhein kreis neuss

An die
Mitglieder des Kreisausschusses

Neuss/Grevenbroich, 16.01.2009

nachrichtlich:
An die stellv.
Mitglieder des Kreisausschusses
und die Mitglieder des Kreistages,
die nicht dem Kreisausschuss angehören

An die Dezernenten

Kreisausschuss am 21. Januar 2009

hier: Ergänzung der Tagesordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit ergänze ich die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 21.01.2009 wie folgt:

Öffentlicher Teil:

TOP 5 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

5.1 Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Stand Januar 2009
5.2 Konjunkturprogramm II der Bundesregierung
5.3 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion „Investitionsprogramm für den Rhein-Kreis Neuss", hier eingegangen am 15.01.2009

Die Unterlagen zu 5.2 und 5.3 sind diesem Schreiben beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Patt

Anlage

zu 5.2

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 15.01.2009

Dezernat III

rhein kreis neuss

Sitzungsvorlage-Nr. III/647/2009

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	21.01.2009	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung - Konjunkturprogramm II der Bundesregierung

Sachverhalt:

Der Bund wird angesichts der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise einen Pakt zur Beschäftigungsstabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur Modernisierung des Landes verabschieden. Ziel ist es, die Bundesrepublik Deutschland aus der Konjunkturkrise, die alle Beteiligten vor eine große, neuartige Herausforderung stellt, herauszuführen. In einer außerordentlichen Kraftanstrengung sollen alle staatlichen Ebenen einen gebündelten Konjunkturimpuls geben. Dabei sind Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen gefordert.

Der Bund will mit einem Pakt für Beschäftigung und Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland in fünf zentralen Bereichen Maßnahmen ergreifen. Dabei handelt es sich um

- ein kommunales Investitionsprogramm
- Kredit- und Bürgschaftsprogramme für die Wirtschaft
- eine Qualifikationsoffensive für die Arbeitnehmer
- die Entlastung der privaten Haushalte
- sowie einen verlässlichen Schuldenabbau.

Bei den Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand setzt die Bundesregierung auf neue und nachhaltige Zukunftsinvestitionen. Für diese Maßnahme stellt der Bund insgesamt rund 14 Mrd. Euro zur Verfügung. Davon werden rund 4 Mrd. Euro zusätzlich für Bundesinvestitionen eingesetzt. Mit rund 10 Mrd. Euro unterstützt der Bund mit einem kommunalen Investitionsprogramm zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder. Der Bund erwartet, dass mindestens die Hälfte des Volumens im Jahr 2009 wirksam wird und die Mittel überwiegend für Investitionen der Kommunen eingesetzt werden. Die Länder sollen einen Kofinanzierungsanteil von 25 % (rund 3,3 Mrd. Euro) übernehmen.

Vorgesehen sind insbesondere Investitionsschwerpunkte in folgenden Bereichen:

- Investitionsschwerpunkt Bildung (insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen)
  Der Bund wird Investitionen der Länder und Kommunen in Kindergärten, Schulinfrastruktur (dabei insbesondere energetische Sanierung), Hochschulen sowie die Forschung fördern. Auf den Investitionsschwerpunkt Bildung sollen rund 65 % der Finanzhilfen des Bundes (das sind 6,5 Mrd. Euro) entfallen.
- Investitionsschwerpunkt Infrastruktur (insbesondere Verkehr, Krankenhäuser, Städtebau und Informationstechnologie). Weitere rund 3,5 Mrd. Euro (das sind rund 35 % der Finanzhilfen) sollen für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden. Dabei sind insbesondere Investitionen für Krankenhausträger, den Städtebau, die ländliche Infrastruktur (Breitbandversorgung) sowie die Kernsanierung an kommunalen Straßen vorgesehen. Der Bund will außerdem die Hälfte der zusätzlichen Bundesinvestitionen (2 Mrd. Euro) für den Ausbau und Erneuerung von Bundesverkehrswegen einsetzen (einschließlich Schienen- und Wasserstraßen). Darüber hinaus sollen rund 2 Mrd. Euro in Bauten, Ausrüstungen und die Ressortforschung des Bundes investiert werden.
- Leitlinie Klimaschutz/Energieeffizienz
  Die Investitionen in Bildung und Infrastruktur sollen so ausgerichtet werden, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden. Deshalb liegt ein Schwerpunkt der geplanten Maßnahmen auf der Verringerung der CO2-Emmissionen und der Steigerung der Energieeffizienz.
- Beschleunigung von Investitionen
  Finanzhilfen des Bundes sollen den Ländern direkt unter einem so genannten Gesamtdach des kommunalen Investitionsprogramms zur Verfügung gestellt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Länder schnell und entsprechend den Problemlagen vor Ort investieren und über Investitionsvorhaben eigenverantwortlich entscheiden können. Dabei sollen auch so genannte finanzschwache Kommunen wirksam unterstützt werden.

Der Landtag will am 16.01.2009 über das Konjunkturpaket II und dessen Umsetzung beraten. Weitere Einzelheiten zur Umsetzung des Programms sollen die Finanzminister des Bundes und der Länder kurzfristig beraten und festlegen.

Bezogen auf den Rhein-Kreis Neuss bieten sich eine ganze Reihe von Investitionsmaßnahmen und Investitionsschwerpunkte an, die über das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung realisiert werden können.

Die Zielsetzungen des Bundes können zunächst zu einer Beschleunigung im Rahmen des vom Kreisausschuss beschlossenen Energiecontrollings und Energiemonitorings für kreiseigene Einrichtungen führen.

Im Bereich der Schulen des Rhein-Kreises Neuss können Investitionsmaßnahmen zur Sanierung der Gebäudesubstanz vorgenommen werden, die zugleich überwiegend energetische, Energie einsparende Folgewirkungen haben.

Für den Bereich der Förderschulen in Grevenbroich-Hemmerden, die Sebastianusschule in Kaarst-Holzbüttgen, die Schule am Nordpark in Neuss sowie die Michael-Ende-Schule in Neuss-Reuschenberg stehen Dachsanierungen, Sanierungen der Fensteranlagen, Fassadensanierungen sowie Schalldämmungsmaßnahmen und Anstriche aus. Im Bereich der

Berufsbildungszentren fallen ebenfalls Dachsanierungen, Sanierungen des Heizrohrnetzes, der Heizzentralen sowie Treppensanierungen und Anstriche an.

Sanierungen der Fensteranlagen sowie der Heizzentralen sind außerdem im Bereich des Medienzentrums sowie des Kulturzentrums in Zons vorgesehen. Weitere Wärmedämmungsmaßnahmen beziehen sich auf die Verwaltungsgebäude einschließlich weiterer grundlegender Sanierungsmaßnahmen.

Im Bereich des Straßenbaus können auch Maßnahmen im Gebiet des Rhein-Kreises Neuss beschleunigt umgesetzt werden (soweit Planreife geschaffen ist) wie die verbliebenen Teilstücke zum Ausbau der A 57, der Ortsumfahrung B 59 Rommerskirchen-Sinsteden, der Ortsumfahrung B 477 in Rommerskirchen oder punktuelle Umbaumaßnahmen an Bundesstraßen (z.B. Beseitigung Bahnübergang B 9/B 222 in Meerbusch sowie der Kreisverkehr B 477 in Neuss-Wehl).

Im Hinblick auf die Breitbandstrategie des Konjunkturprogramms steht zur Behebung der mangelnden flächendeckenden Versorgung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen mit schnellen DSL-Anschlüssen ein weiterer Ausbau dieses Netzes im Bereich Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen an.

Im Bereich der beiden Kreiskrankenhäuser des Rhein-Kreises Neuss in Dormagen und Grevenbroich stehen Investitionsvorhaben an im Bereich des Umbaus der zentralen Notfallaufnahmen in beiden Kreiskrankenhäusern, des Umbaus der geburtshilflichen Klinik im Kreiskrankenhaus Dormagen, der technischen Umrüstung der Telefon- und Funkanlagen in beiden Kreiskrankenhäusern sowie im Bereich der Beschaffung von medizinisch-technischen Geräten in beiden Krankenhäusern.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung sieht außerdem vor, die Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitskräften auszubauen, um das Prinzip von „Qualifizieren statt Entlassen" zu unterstützen. Zu diesem Zweck sind erhebliche Haushaltsmittel für die Jahre 2009 und 2010 in Höhe von rund 1,2 Mrd. Euro im Bundeshaushalt für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen. Darüber hinaus sollen Programme zur Qualifizierung von Beschäftigten sowie die für die Bundesrepublik zur Verfügung stehenden Mittel des europäischen Sozialfonds aufgestockt werden. Daneben ist vorgesehen, die Arbeitsagenturen und die Argen mit 5.000 zusätzlichen Stellen zu versehen. Im Rahmen der Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive wird sich der Rhein-Kreis Neuss über die ARGE, in die Kreiswirtschaftsförderung sowie die Technologiezentrum Glehn GmbH einbringen und im Rahmen seiner aktiven Arbeitsmarktpolitik beschäftigungssichernde Maßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung durchführen.

Der Landrat hat eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung von Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II eingesetzt und wird im Kreisausschuss berichten.

Anlagen:
Pressemitteilung Rhein-Kreis Neuss Nr. 026 2009

PRESSEMITTEILUNG NR. 026/2009
Datum: 14.01.2009

rhein kreis neuss

Landrat begrüßt Konjunkturprogramm des Bundes

Pläne in der Schublade

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecher
Harald Vieten (V.i.S.d.P.)
Oberstraße 91
41460 Neuss

Rhein-Kreis Neuss. Landrat Dieter Patt mit der Kreis- Wirtschaftsförderung beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise auf den heimischen Wirtschaftsstandort. Mit der Energiekonferenz und der Aluminiumkonferenz hat der Landrat bereits Initiativen ergriffen und die Richtung aufgezeigt. Als Träger der ARGE und des Technologiezentrums sowie mit Hilfe von mittelstandsorientierten Programmen der Kreis-Wirtschaftsförderung sollen weitere Impulse für Wirtschaft und Beschäftigung erfolgen. Bereits eingeleitete konjunkturwirksame Investitionen, wie das Sporthallen-Sanierungsprogramm, sorgen vor allem für Aufträge an Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen.

„Wir können nicht nur auf Hilfe von Bund und Land setzen, sondern müssen selbst alle uns zur Verfügung stehenden konjunkturwirksamen Instrumente nutzen, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen", sagt Landrat Dieter Patt.

Das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturprogramm II begrüßt Patt darüber hinaus als richtigen Schritt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Kernstück des 50 Milliarden-Paketes ist ein Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Kommunen im Volumen von rund 17 Milliarden Euro. Dass dabei in den beiden kommenden Jahren erhebliche Bundesmittel für Investitionen an die Kommunen im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen fließen könnten, wertete er als ein gutes Signal. Noch ist unklar, wie die zusätzlichen Bundesmittel verteilt werden. Fest steht aber, dass eine Kofinanzierung der Kommunen zu Investitionsmaßnahmen von teils bis zu 50 Prozent notwendig sein wird.

Ansprechpartner:
Harald Vieten
Tel.: 02131/928–1300
Fax: 02131/928–1399

E-Mail:
presse@rhein-kreis-neuss.de

Internet:
www.rhein-kreis-neuss.de

Für finanzschwache Kommunen könne diese Pflicht zur Teilfinanzierung aber bereits ein Problem darstellen.

„Wir stehen schon in Verbindung mit der Landesregierung und setzen uns dafür ein, dass auch Kommunen im Rhein-Kreis Neuss, die bisher in der Haushaltssicherung waren, vom Konjunkturprogramm des Bundes profitieren können", betont Landrat Patt.

Mit dem Geld aus dem Konjunkturprogramm würde der Rhein-Kreis Neuss schnell etwas anfangen können. Kreisdirektor Hans-Jürgen Petrauschke betont: „Es geht jetzt darum, nicht in kurzfristige Maßnahmen in einer konjunkturellen Schwächephase zu investieren, sondern die Chance für unseren Standort zu nutzen, nachhaltig in Zukunftsbereiche, Arbeitsplätze und Infrastruktur zu investieren." Allen voran in Schulen, Bildung, Qualifizierung und Technologietransfer sowie in Krankenhäuser und Straßen wolle man konjunkturwirksam investieren. Pläne liegen bereits in der Schublade. Vielfältige Ansatzpunkte sieht Patt auch bei dem von ihm initiierten „Lokalen Energiepakt Rhein-Kreis Neuss", um durch Forschung und konkrete Projekte eine Verbesserung der Umweltbedingungen und die Senkung des Energieverbrauchs zu erreichen. Mit Blick auf den Klimaschutz, aber auch auf wirtschaftliche Chancen und Beschäftigung, soll der Rhein-Kreis Neuss international zum Vorzeigestandort in Sachen Energie werden, so die langfristige Zielsetzung.

In der Kreisverwaltung arbeitet eine vom Landrat eingesetzte Arbeitsgruppe mit Kreiskämmerer Ingolf Graul an der Spitze, um mögliche Investitionsvorhaben im Rahmen des Konjunkturprogrammes II im Rhein-Kreis Neuss zu prüfen. Auch für den nächsten Kreisausschuss am 21. Januar hat Patt das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Harald Vieten
Pressesprecher

zu 5.3

SPD

Sozialdemokratische Fraktion im Kreistag

Kreis Neuss

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Dieter Patt
Kreishaus

41460 Neuss

Sitzung des Kreisausschusses am 21. Januar 2009

Sehr geehrter Herr Landrat,

aus aktuellem Anlass bitten wir den beigefügten Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreisausschusssitzung zu setzen:

Investitionsprogramm für den Rhein-Kreis Neuss

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, ein Investitionsprogramm für den Rhein-Kreis Neuss aufzustellen. Damit sollen erwartete Auswirkungen der Rezession gemildert werden.
In der Krise müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die Grundlage für neue Arbeitsplätze, Innovationen und bessere soziale Infrastrukturen zu schaffen.

Dafür hat die Bundesregierung ein umfangreiches Konjunkturprogramm beschlossen, dass u.a. € 17,5 Mrd. für Investitionen in den Bereichen Bildung und Qualifikation, Klimaschutz und Energieeffizienz und Infrastruktur und Verkehr vorsieht.

Investitionsschwerpunkte sollen Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Gebäude sein, sowie die Förderung von Investitionen und Nachfrage in der Wirtschaft.

Hinzu kommt aus dem ersten Konjunkturpaket der Bundesregierung € 3 Mrd. zusätzlich für energetische Gebäudesanierung und weitere € 2 Mrd. für den Ausbau von Straßen, Schienen und Lärmschutz.

Das Land NRW soll ebenfalls eigene Mittel in Höhe von 25 % für diese Programme hinzutun.

Damit stehen allein für öffentliche Investitionen im Rhein-Kreis Neuss voraussichtlich ca. 40 – 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Um schnell und zielgerichtet die Mittel einsetzen zu können und die Wirtschaft und den Menschen hier zu helfen, bedarf es einer guten Planung und Koordinierung. Dies soll in der Form eines Investitionsprogramms für den Rhein-Kreis Neuss erfolgen.

- Es sollen sinnvolle und notwendige Investitionen insbesondere für energetische Gebäudesanierung zusammengestellt werden für die Berufsbildungszentren, die Krankenhäuser, Kindergärten und eigenen Gebäude.

- Dringend ist eine schnelle Verbesserung bei der Regionalbahn 38 anzustreben. Dazu sollen Mittel aus dem Investitionsschwerpunkt Infrastruktur/Verkehr genutzt werden.

- Damit auch bei den Bürgerinnen und Bürgern und bei der heimischen Wirtschaft die entsprechenden Förderprogramme (Investitionsprogramm Mittelstand, KfW Sonderprogramm 2009, CO2-Gebäudesanierung, Kredit- und Bürgschaftsinstrumente) ankommen, soll ein Klimaschutz und Energieberatungsbüro eingerichtet werden.

- Das Programm „Lärmsanierung" soll für kommunale Straßen im Kreisgebiet genutzt und umgesetzt werden. Die Kreisverwaltung soll die dringensten Projekte dafür darstellen.

- Um die heimische Wirtschaft und den Mittelstand zu fördern sollen die Möglichkeiten der „beschränkten Ausschreibung" und der „freihändigen Vergabe" gezielt dafür genutzt werden.

- Um die Qualifizierung zu verbessern und Jugendlichen aus den „Warteschleifen" eine Ausbildung zu ermöglichen, sollen insbesondere die Mittel für Aktivierung und Qualifizierung genutzt werden. Zur Umsetzung soll das zusätzliche Personal (bundesweit + 5.000) für die ARGE schwerpunktmäßig genutzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

U. Apel-Haefs

Ulrike Apel-Haefs MdL
- Vorsitzende -

Rainer Thiel
- stellvertr. Vors.-